



Die Dialektik von räumlicher Angleichung und Differenzierung: Zum *uneven-development*-Konzept in der *radical geography*

Markus Wissen und Matthias Naumann¹

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner, Deutschland

Email: markus.wissen@web.de, Naumann@irs-net.de

Zusammenfassung

Gegenstand des Beitrags ist das *uneven-development*-Konzept der angloamerikanischen *radical geography*, das hier als Sammelbegriff für eine Reihe von Ansätze zur theoretischen Erklärung ungleicher Entwicklung aus kritisch-geographischer Perspektive verstanden wird. Ungleiche Entwicklung, so die gemeinsame Basis der verschiedenen Beiträge, ist ein konstitutives Element kapitalistischer Vergesellschaftung. Sie resultiert aus dem dem Kapitalismus innewohnenden Spannungsverhältnis zwischen Angleichung und Differenzierung und äußert sich immer wieder in Krisen der Akkumulation. Gleichzeitig stellt sie die Voraussetzung für eine – immer nur temporäre – Krisenüberwindung dar. Diese Herangehensweise unterscheidet das *uneven-development*-Konzept von keynesianisch bzw. neoklassisch inspirierten Zugängen zu ungleicher Entwicklung sowie von den Ansätzen des *new regionalism*. Dagegen lassen sich Bezüge zwischen dem *uneven-development*-Konzept und den Imperialismustheorien Luxemburgs und Lenins herstellen. Zwar mangelt es letzteren an expliziten raumtheoretischen Re-



¹ Creative Commons: Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Keine Bearbeitung

theoretischen Reflexionen, doch bieten bestimmte Denkfiguren wie die des „nicht-kapitalistischen Milieus“ (Luxemburg) und die der „ungleichmäßigen Entwicklung“ (Lenin) Anknüpfungspunkte für das *uneven-development*-Konzept. Die in diesem Beitrag im Vordergrund stehenden Begriffe *built environment* und *spatial fix* von David Harvey leisten einen wichtigen Beitrag für die Interpretation und Erklärung aktueller Erscheinungsformen von ungleicher Entwicklung. Ihr werttheoretischer Entstehungszusammenhang erfordert es jedoch, auch auf solche kritisch-sozialwissenschaftlichen Ansätze zurückzugreifen, die soziale Auseinandersetzungen und ihre Verdichtungen in staatlicher Politik stärker gewichten.

Einleitung

Der Niedergang altindustrieller und fordistisch geprägter Regionen wie des Ruhrgebiets oder der „Autostadt“ Detroit, das Entstehen neuer ökonomischer Wachstumszentren in Kalifornien oder im Nordosten Italiens sowie der jüngste ökonomische und politische Bedeutungsgewinn von Ländern wie China, Indien oder Brasilien, der begleitet wird von einem weiteren Bedeutungsverlust anderer südlicher Länder, haben die Geographie kapitalistischer Entwicklung, wie sie sich in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat, grundlegend verändert. Die noch bis in die 1980er Jahre vorherrschende Überzeugung, die Lebensbedingungen der Menschen nicht nur innerhalb eines Landes, sondern auch im internationalen Maßstab einander angleichen zu können, ist dadurch obsolet geworden. Trotz mehrerer „Entwicklungsdekaden“ der UNO und trotz erheblicher Bemühungen, die räumliche Verteilung produktiven Kapitals strukturpolitisch zu steuern, haben die Entwicklungsunterschiede zwischen Städten, Regionen und Ländern seit den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wieder zugenommen. Dies gilt nicht nur in quantitativer Hinsicht, also bezogen auf die, z.B. in Wachstumsraten und Produktivitätsfortschritten gemessenen. Veränderungen im Wohlstandsniveau, sondern auch in qualitativer Hinsicht: Räumliche Ungleichheiten haben an Komplexität gewonnen. Neben großräumigen Unterschieden zwischen Ländern und Regionen haben sich kleinräumliche Differenzen auf Stadt- und Stadtteilebene herausgebildet und verstärkt – sichtbar an dem räumlichen Nebeneinander von *condominios* oder *gated communities* und Armenvierteln in vielen südlichen Großstädten oder an den Prozessen sozialräumlicher Segregation in den Großstädten des Nordens. Zum Teil handelt es sich hierbei gerade um die nicht-intendierten Folgen einer fordistischen Angleichungspolitik: Die Pariser *Banlieues* entstanden in den 1960er und 1970er Jahren im Rahmen einer Wohnungs- und Städtebaupolitik, die soziale Unterschiede durch die Schaffung von preiswertem Wohnraum für die Arbeiterklasse auszugleichen versuchte. Heute sind sie ein Symbol der Ausgrenzung und Entrechtung, aber auch des Protests, von überwiegend migrantischen Bevölkerungsteilen.

Diese unterschiedlichen Phänomene räumlicher Ungleichheit lassen sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Ihre Ursachen sind vielfältig und differieren je nach Phänomen und dem Ort seiner Ausprägung (vgl. Krätke, 1995). Dennoch ist es möglich, sie als unterschiedliche Erscheinungsformen ungleicher Entwicklung zu begreifen, die sich ihrerseits auf einer allgemeinen Ebene als soziale Produktion, Verstetigung bzw. Verschiebung von räumlichen Unterschieden im sozioökonomischen Entwicklungsniveau verstehen lässt. Der Begriff „ungleiche Entwicklung“ verweist auf die räumliche Dimension sozialer Ungleichheit im Kapitalismus: “within a capitalist political-economic system, inequalities are not only expressed socially, in the form of class and income stratification, but also spatially, through the polarization of development among different territories, regions, places, and scales“ (Brenner, 2004, 13).

Im Folgenden wird untersucht, wie das Phänomen der ungleichen Entwicklung in der angloamerikanischen marxistischen Geographie (*radical geography*) problematisiert und zu erklären versucht wird. Insofern sich Geographie mit der räumlichen Verteilung physischer und sozialer Prozesse befasst, ist ungleiche Entwicklung einer ihrer zentralen Untersuchungsgegenstände. Ein theoretisch sehr ambitionierter Ansatz stellt in diesem Zusammenhang das *uneven-development*-Konzept dar, auf dem der Fokus dieses Beitrags liegt. Dieses Konzept erklärt ungleiche Entwicklung aus den Widersprüchen und Funktionsbedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung heraus, begreift sie mithin als „geographical expression of the contradictions of capital“ (Smith, 1984, 152). Entscheidend ist dabei die Annahme einer Dialektik zwischen räumlicher Angleichung und Differenzierung. Ziel des Beitrags ist es, theoretische Traditionen und Grundaussagen des *uneven-development*-Konzepts zu rekonstruieren und dessen Fruchtbarkeit für die Analyse aktueller Erscheinungsformen von ungleicher Entwicklung auszuloten.

Der Beitrag gliedert sich in vier Abschnitte: Im ersten Abschnitt stellen wir kurz keynesianische und neoklassische Ansätze ungleicher Entwicklung sowie das Konzept des *new regionalism* vor. Damit sollen die Breite der Debatten über ungleiche Entwicklung angedeutet und der Hintergrund umrissen werden, der die Spezifika des später zu erörternden *uneven-development*-Konzepts deutlich werden lässt. Im zweiten Abschnitt fragen wir nach den Vorläufern und Inspirationsquellen dieses Konzepts bei Marx selbst sowie in der marxistischen Theorie. Das Konzept selbst ist Gegenstand des dritten Abschnitts. Dabei stellen wir die Auseinandersetzung mit David Harveys Begriffen des *spatial fix* und des *built environment* in den Mittelpunkt. Im fünften Abschnitt schließlich erörtern wir den aktuellen Erklärungswert des *uneven-development*-Konzepts und beleuchten einige kritische Aspekte desselben.

Keynesianische Ansätze, neoklassische Ansätze und der *new regionalism*

Ungleiche Entwicklung ist seit langem ein Gegenstand sozialwissenschaftlicher, ökonomischer und geographischer Forschung.² In den 1950er Jahren haben sich keynesianische Ökonomen mit den Ursachen ungleicher Entwicklung im interregionalen und internationalen Maßstab beschäftigt und die Notwendigkeit ebenso wie die möglichen Formen staatlichen Eingreifens im Sinne eines räumlichen Ausgleichs theoretisch begründet. Neben Gunnar Myrdal (1959) und Albert Hirschman (1958) mit ihrer Überlegung, dass räumliche Disparitäten durch einen kumulativen, Agglomerationseffekte zeitigenden Entwicklungsprozess entstünden, ist hier vor allem Francois Perroux (1950) zu nennen. Dessen „Wachstumspol“-Konzept geht davon aus, dass die (staatlich geförderte) Ansiedlung eines wachstumsstarken Unternehmens in einer schwach entwickelten Region Multiplikatoreffekte in Gestalt vor- und nachgelagerter wirtschaftlicher Aktivitäten zeitigt und dadurch langfristig in ein selbsttragendes Wachstum mündet.³

Diese Polarisierungstheorien waren ein Gegenmodell zum neoklassischen Paradigma, demzufolge räumliche Unterschiede nur als Resultat von Katastrophen oder „marktverzerrenden“ Eingriffen in Gestalt von Handelsbeschränkungen, Mindestlöhnen oder staatlichen Maßnahmen, die über die Verbesserung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen (technische Infrastrukturen, Vertragssicherheit, Schutz von Eigentumsrechten) hinausgehen, denkbar sind. Bei ungehinderter Konkurrenz, konstanten Skalenerträgen und vollständiger Mobilität der Produktionsfaktoren werde Raum dagegen homogen genutzt; räumliche Entwicklungsunterschiede würden ausgeglichen. Erst in jüngerer Zeit wird die räumliche Verdichtung ökonomischer Aktivitäten in Gestalt von Agglomerationen auch im Rahmen der neoklassischen Tradition thematisiert und modelltheoretisch zu erklären versucht. So misst die „Neue Wachstumstheorie“ den positiven externen Effekten, die durch die Erzeugung von Wissen entstehen, einen wichtigen Stellenwert bei. Handelt es sich um lokal oder regional begrenzte „Wissensspillovers“, dann sind Agglomerationsbildung und die divergente Entwicklung von Regionen die Folge. Die *New Economic Geography*, deren wichtigster Vertreter Paul Krugman (1991) ist, berücksichtigt zusätzlich den Einfluss von Transportkosten.⁴ Sie erklärt die räum-

² Die folgenden Ausführungen bilden nur einen sehr kleinen Teil der bestehenden Literatur ab. Für eine ausführlichere Darstellung von älteren und neueren regionalökonomischen Ansätzen siehe Krieger-Boden (1995) und Wößmann (2001), für eine Kritik siehe Menzel (2005).

³ Eine kritische Auseinandersetzung mit Theorie und Politik des „spatial keynesianism“ findet sich bei Brenner (2004, 114-171).

⁴ Insofern ist sie durch Johann Heinrich von Thünen sowie durch die Standorttheoretiker Alfred Weber und Walter Christaller beeinflusst.

liche Verteilung ökonomischer Aktivitäten aus dem Verhältnis zwischen diesen und den zunehmenden Skalenerträgen und positiven Externalitäten in Agglomerationen. Beide Weiterentwicklungen der neoklassischen Theorie integrieren räumliche Aspekte in die ökonomische Theoriebildung. Allerdings geschieht dies auf einer höchst abstrakten Ebene. Entwickelt werden Modelle, die auf der Annahme des rational handelnden, Nutzen maximierenden Individuums beruhen, schwer oder gar nicht modellierbare soziale Verhältnisse ausklammern und empirisch kaum unterfüttert sind (Menzel, 2005).

Auf empirischen Untersuchungen aufbauende theoretische Reflexionen finden sich dagegen in den Arbeiten, die seit den 1980er Jahren im Rahmen des *new regionalism* entstanden sind. Ausgehend von der Annahme einer zunehmenden Bedeutung „räumlicher Nähe“ werden darin die Erfolgsbedingungen regionaler Ökonomien und regionaler Wirtschaftspolitik erforscht. So sehen Michael Piore und Charles Sabel (1985) den ökonomischen Aufstieg von Agglomerationen im Nordosten Italiens in einem komplexen Gefüge von Wettbewerb und Kooperation zwischen kleinen und mittleren Unternehmen sowie in der Einbindung letzterer in ein innovationsförderndes politisches und kulturelles Umfeld begründet. Weitere wichtige Beiträge zu dieser Forschungsrichtung sind jene von Michael Storper und Allen Scott (1990; Scott, 1988) zu „flexiblen Produktionskomplexen“ oder das *cluster*-Konzept des Ökonomen Michael Porter (1991), der die Entstehung und Funktionsweise branchenübergreifender räumlich konzentrierter Wirtschaftskomplexe (*cluster*) mit der dynamischen Faktorausstattung der betreffenden Regionen bzw. Nationalstaaten begründet und sich damit vom statischen Theorem der komparativen Kostenvorteile abgrenzt.⁵ Im Unterschied zu den älteren polarisationstheoretischen Konzepten spielt in den Arbeiten des *new regionalism* eine Umverteilungspolitik zugunsten schwächerer Regionen keine Rolle. Stattdessen steht die – durchaus staatlich zu unterstützende – Mobilisierung „endogener Potenziale“ zur Steigerung der regionalen Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund (vgl. Zeller, 2003).

Bei allen konzeptionellen Unterschieden ähneln sich die dargestellten Ansätze in dem problemlösungsorientierten Erkenntnisinteresse, die Bedingungen für eine räumlich ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung herauszuarbeiten und daraus politisch-strategische Schlussfolgerungen abzuleiten. Begründet wird eine nationalstaatliche Politik räumlichen Ausgleichs (keynesianische Polarisierungstheorien), eine das Funktionieren des Marktes garantierende „Ordnungspolitik“ (ältere Neoklassik) oder eine auf die Mobilisierung der endogenen Potenziale von Re-

⁵ Eine wichtige Inspirationsquelle des *new regionalism* sind die Arbeiten von Alfred Marshall (1890) zu den „industriellen Distrikten“ des 19. Jahrhunderts. Zur Kritik des *new regionalism* siehe Kröcher (2007) sowie Röttger und Wissen (2005).

gionen zielende Angebotspolitik (jüngere Neoklassik und *new regionalism*). Demgegenüber geht es dem *uneven-development*-Konzept darum, die räumlichen Dimensionen der grundlegenden Widersprüchlichkeit kapitalistischer Entwicklung zu identifizieren. Ein zentraler Gedanke ist dabei die Dialektik von räumlicher Angleichung und Differenzierung. Diese sei nicht nur *Resultat* kapitalistischer Entwicklung, sondern auch *Voraussetzung*, um deren immanente Krisenhaftigkeit temporär immer wieder stabilisieren zu können. Bevor wir dies am Beispiel des „historisch-geographischen Materialismus“ von David Harvey näher untersuchen, widmen wir uns den Vorläufern und Inspirationsquellen des *uneven-development*-Konzepts in der marxistischen Theorietradition. Dabei gehen wir notwendigerweise sehr selektiv vor und beschäftigen uns vor allem mit zentralen Beiträgen zur Imperialismustheorie, in denen die Problematik von Raum und ungleicher Entwicklung qua Gegenstand zumindest implizit präsent ist. Ziel des folgenden Abschnitts ist es, die raumtheoretischen Implikationen älterer marxistischer Arbeiten und damit die Anknüpfungspunkte des *uneven-development*-Konzepts herauszuarbeiten. Vor allem soll untersucht werden, wie die Dialektik von Angleichung und Differenzierung jeweils gefasst wurde und wie sich das Verständnis dieser Dialektik gewandelt hat.

***Uneven development* und die marxistische Theorietradition**

Auf den ersten Blick finden sich in der älteren marxistischen Theorietradition wenige Hinweise auf die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zu ungleicher Entwicklung. Stattdessen steht – angefangen bei Marx und Engels selbst – die globale Vereinheitlichung der Produktions- und Konsummuster im Vordergrund. Die „uralten nationalen Industrien“, so Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“, werden verdrängt

durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur. (Marx und Engels, 1848/1980, 466)

In den *Grundrissen* spricht Marx (1857-1858/1974, 438) von der „universelle(n) Tendenz des Kapitals ..., die es von allen früheren Produktions-stufen unterscheidet“. Das Kapital strebe einerseits dahin, „jede örtliche Schranke des Verkehrs, i.e. des Austauschs niederzureißen, die ganze Erde als seinen Markt zu erobern“, andererseits strebe es danach, „den Raum zu vernichten durch die Zeit“. Den Hintergrund für die räumlich vereinheitlichende Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise bildet zum einen die konkurrenzvermittelte Angleichung der Produktionsbedingungen und des Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte, zum anderen der ebenfalls konkurrenzvermittelte Zwang zu einer stetigen Verkürzung der Umlauf- oder Zirkulationszeit des Kapitals. Dieser letztere Zwang besteht insofern, als die Umlaufzeit – ebenso wie die Produktionszeit, mit der zusammen sie die „Umschlagszeit“ bildet – eine Phase ist, während derer Kapital vorgeschossen werden muss. Erst mit Ablauf der Umlauf- und damit der Umschlagszeit kehrt das Kapital als Geldkapital, als verwerteter Wert, zum Kapitalisten zurück und steht ihm für den Luxuskonsum sowie für die Wiederholung des Produktionsprozesses auf gleicher oder erweiterter, seine Konkurrenzposition verbessernder, Stufenleiter zur Verfügung. Im Interesse des Kapitalisten ist es deshalb, den Umschlag des Kapitals zu beschleunigen, indem nicht nur die Produktions-, sondern auch die Umlaufzeit, die „als Schranke der Produktivität der Arbeit“ (Marx, 1857-1858/1974, 438) erscheint, verkürzt wird.

Das Mittel hierzu ist eine ständige Weiterentwicklung der Transport- und Kommunikationsmittel. Deren räumliche Implikationen sind allerdings widersprüchlich: Einerseits erschließt die Weiterentwicklung der Transport- und Kommunikationsmittel immer neue Länder und Regionen für den Kapitalismus. Damit schafft sie die Voraussetzung für die Zerstörung bzw. kapitalistische Überlagerung nicht-kapitalistischer Produktionsweisen. Insofern hat sie eine räumlich vereinheitlichende Wirkung, sie fördert die Angleichung der Produktionsbedingungen. Andererseits wirkt sie räumlich differenzierend, indem sie die relative Lage von Orten im Raum verändert:

Ein Produktionsplatz, der durch seine Lage an Landstraße oder Kanal besondern Positionsvorteil besaß, befindet sich jetzt an der Seite einer einzigen Zweigbahn, die nur in relativ großen Intervallen fungiert, während ein anderer Punkt, der ganz von den Hauptverkehrswegen ablag, nun am Kreuzpunkt mehrerer Bahnen liegt. Der zweite Ort kommt auf, der erste verkommt. Es wird also durch die Veränderung in den Transportmitteln eine örtliche Verschiedenheit in der Umlaufzeit der Waren, der Gelegenheiten einzukaufen, zu verkaufen usw. erzeugt, oder die schon existierende örtliche Verschiedenheit wird anders verteilt. (Marx 1885/1983, 253 f.)

Die Weiterentwicklung der Transport- und Kommunikationsmittel ist also ein Medium der Angleichung *und* Differenzierung. Hier scheint bei Marx jene Dialektik auf, die für das *uneven-development*-Konzept von zentraler Bedeutung ist. Allerdings wird sie nicht weiter entfaltet. Im Vordergrund bleibt die „universelle Tendenz des Kapitals“. Ansonsten ist die Raum-Problematik eher implizit im Werk von Marx präsent.⁶ Dies gilt auch für die frühen marxistischen TheoretikerInnen, wie im Folgenden am Beispiel Rosa Luxemburgs gezeigt werden soll.

Auch Luxemburg betont in ihrer – in dem Buch „Die Akkumulation des Kapitals“ entwickelten – Imperialismustheorie die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur weltweiten Angleichung von Produktions- und Konsummustern. Die Ursache hierfür sieht sie in dem „tiefen fundamentalen Widerstreit zwischen Produktionsfähigkeit und Konsumtionsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft ... der das Kapital zur beständigen Markterweiterung antreibt“ (Luxemburg, 1913/1970, 270). Marx, so Luxemburg, habe im *Kapital* die Existenz einer sich selbst genügenden kapitalistischen Gesellschaft unterstellt, die keine anderen Klassen als Kapitalisten und Arbeiter kenne. Dies sei ein „vollkommen zulässiger theoretischer Notbehelf“ (Luxemburg, 1913/1970, 270), solange es darum gehe, die „einfache Reproduktion“ des Kapitals zu erklären.

Einfache Reproduktion bedeutet, dass der Teil des realisierten Produktwerts, der dem Wert des bei der Herstellung des Produkts verzehrten produktiven Kapitals (Produktionsmittel und Arbeitskraft) entspricht, zur Erneuerung dieses Kapitals im selben Umfang verwendet wird und dass der Mehrwert – also jener Teil des Produktwerts, der durch die von der Arbeitskraft geleistete und vom Kapital unentgeltlich angeeignete Mehrarbeit geschaffen wird – vom Kapitalisten konsumiert wird. Es handelt sich also um die „bloße Wiederholung des Produktionsprozesses auf derselben Stufenleiter“ (Marx 1867/1988, 592). Um in der Konkurrenz bestehen zu können, geht der Kapitalist aber hierüber hinaus und verwandelt einen Teil des Mehrwerts in Kapital: Er investiert, um kostengünstiger bzw. mehr produzieren zu können und/oder um neue Produkte zu entwickeln und auf den Markt zu bringen. Diese Verwandlung von Mehrwert in Kapital heißt Akkumulation. Sie ist die Voraussetzung für die für den Kapitalismus typische „erweiterte Reproduktion“. Der einzelne Kapitalist ist hierzu durch die Konkurrenz gezwungen. „Die stete Vergrößerung seines Kapitals wird Bedingung der Erhaltung desselben“ (Marx 1885/1983, 84).

⁶ Etwa dort, wo er den (ursprünglichen) Einfluss der naturräumlichen Bedingungen auf die Arbeitsproduktivität sowie die fundamentale Bedeutung der Trennung von Stadt und Land als Ergebnis und Voraussetzung gesellschaftlicher Arbeitsteilung thematisiert (siehe Smith, 1984, 99 f. und 109 f.).

Das Funktionieren dieser erweiterten Reproduktion lässt sich Luxemburg zufolge nur dann erklären, wenn man das nicht-kapitalistische Umfeld des Kapitalismus systematisch in die Analyse einbezieht. Dies habe Marx nicht getan. Er könne deshalb nicht erklären, wie der für die Kapitalisierung bestimmte Teil des Mehrwerts realisiert werde. Arbeiter und Kapitalisten allein seien hierzu nicht in der Lage. Denn sie könnten „stets nur das variable Kapital, den verbrauchten Teil des konstanten Kapitals und den konsumierten Teil des Mehrwerts selbst realisieren, auf diese Weise aber nur die Bedingungen für die Erneuerung der Produktion in früherem Umfang sichern“ (Luxemburg, 1913/1970, 272). Zur Realisierung des Gesamtprodukts bedürfe es hingegen zusätzlich solcher „Gesellschaftsschichten oder Gesellschaften, die selbst nicht kapitalistisch produzieren“ (Luxemburg, 1913/1970, 274). Und nur solange der Kapitalismus solche nicht-kapitalistischen sozialen Formationen vorfinde, sei er überlebensfähig. Der Imperialismus – „der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus“ (Luxemburg, 1913/1970, 361) – ist folglich gleichzeitig Funktionsbedingung und Totengräber des Kapitalismus: Er ermöglicht den reproduktionsnotwendigen Zugriff auf nicht-kapitalistische Milieus, die er aber eben dadurch durchkapitalisiert, so dass sie als nicht-kapitalistische verschwinden. Durch den Imperialismus wird die Welt mithin kapitalistisch vereinheitlicht, wodurch der Kapitalismus *gleichzeitig* temporär stabilisiert und perspektivisch seiner Existenzgrundlage beraubt wird. „Der Imperialismus ist ebensowohl eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals, wie das sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen“ (Luxemburg, 1913/1970, 361).

Luxemburgs Imperialismustheorie ist wegen ihrer Konzentration auf das Problem der Unterkonsumtion bzw. der Realisierung des produzierten Mehrwerts in den kapitalistischen Zentren häufig kritisiert worden. So hat etwa Nikolai Bucharin ihr vorgeworfen, dieses Problem von dem „des höheren Profits“, „somit von der Frage der *Ausbeutung* nicht-kapitalistischer Wirtschaftsformen“ zu trennen (Bucharin, zitiert nach Andersson, 2004, 856, Hervorh. i. O.). Des Weiteren ließe sich bemängeln, dass Luxemburg die (im Fordismus verwirklichte) Möglichkeit, das Realisierungsproblem auch durch die Durchkapitalisierung nicht-kapitalistischer Bereiche in den Zentren selbst – mithin durch „innere Landnahme“ (Lutz, 1989) – anzugehen, unterschätzt habe. Im Zusammenhang dieses Beitrags ist vor allem relevant, dass Luxemburg ungleiche Entwicklung weniger als ein *dem Kapitalismus inhärentes* Phänomen, sondern als ein Spezifikum des Verhältnisses *zwischen kapitalistischen und nicht-kapitalistischen sozialen Formationen* begreift, das mit der räumlichen Expansion des Kapitalismus verschwindet: “Luxemburg treats geographical differentiation less as an internal tendency in capital, more as a legacy from the past which is inexorably destroyed with the forward march of capital“ (Smith, 1984: 95). Statt der Dialektik von Angleichung und Differenzierung

wird also eher die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur Angleichung betont. Dennoch bleibt ein wichtiger Punkt aus Rosa Luxemburgs Theorie festzuhalten, an den das geographische *uneven-development*-Konzept anknüpft: die Überlegung, dass der Kapitalismus konstitutiv auf die Existenz nicht-kapitalistischer Räume angewiesen ist. Dieser Gedanke taucht später bei Harvey in der Denkfigur der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation bzw. „Akkumulation durch Enteignung“ wieder auf, die sich „zwischen dem Kapital und nichtkapitalistischen Produktionsformen“ vollzieht (Harvey 2003, 16, vgl. Alnasseri, 2003). Harvey bezieht sich hier explizit auf Rosa Luxemburg, kritisiert allerdings deren unterkonsumtionstheoretische Sichtweise und integriert die These vom Angewiesensein des Kapitalismus auf nicht-kapitalistische Wirtschaftsformen in seinen überakkumulationstheoretischen Ansatz (siehe unten).

Die unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs verfasste Imperialismustheorie von Wladimir I. Lenin unterscheidet sich von jener Rosa Luxemburgs in zwei zentralen Punkten. *Erstens* begründet sie den Imperialismus nicht mit der Unterkonsumtion in den kapitalistischen Zentren, sondern mit der Annahme, der Kapitalismus sei in einigen Ländern „überreif“ geworden (Lenin, 1917/1988, 245), d.h. dem Kapital fehle es an rentablen Verwertungsmöglichkeiten. Gegenüber dem Warenexport, der in Luxemburgs Theorie im Vordergrund steht, gewinne deshalb der Kapitalexport an Bedeutung. Die Ursache hierfür sah Lenin im Anschluss an den linksliberalen Imperialismustheoretiker John A. Hobson darin, dass der „alte Kapitalismus“ der freien Konkurrenz zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch den Monopolkapitalismus abgelöst worden sei. Die Konzentration des Kapitals sei so weit fortgeschritten, dass die wichtigsten Industriezweige von einer kleinen und weiter abnehmenden Anzahl von Kartellen oder Trusts beherrscht würden. Vermittelt worden sei dieser Prozess durch die Banken, die ebenfalls einer starken Konzentration unterlägen. Dadurch hätte sich die Abhängigkeit des industriellen vom Bankkapital erhöht: Die Banken, deren „grundlegende und ursprüngliche Operation“ die Zahlungsvermittlung sei, hätten sich „zu allmächtigen Monopolinhabern“ entwickelt, „die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen“ (Lenin, 1917/1988, 214). Lenin übernimmt zur Charakterisierung dieses veränderten Verhältnisses von industriellem Kapital und Bankkapital von Rudolf Hilferding den Begriff „Finanzkapital“. Dieser bezeichnet das „Bankkapital, das über Kredite oder Beteiligungen in industrielles Kapital verwandelt wird“ (Heinrich, 2003a, 288).

Mit dem Übergang des Kapitalismus in seine monopolistische Phase ist Lenin zufolge eine „Verschärfung des Kampfes um die Aufteilung der Welt“ verbunden (Lenin, 1917/1988, 260). Der Konzentrationsprozess habe in den fortgeschrittenen Ländern zu einem Kapitalüberschuss geführt, der im Gegensatz zur

Annahme von Hobson nicht zur „Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Lande“ (Lenin, 1917/1988, 245) verwendet werden könne. Denn „die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung wie das Hungerdasein der Massen sind wesentliche und unvermeidliche Voraussetzungen“ der kapitalistischen Produktionsweise (Lenin, 1917/1988, 245). Das überschüssige, d.h. nicht rentabel einsetzbare Kapital, müsse deshalb exportiert werden. Hierin sieht Lenin die entscheidende Triebkraft für die imperialistische Konkurrenz um Kolonien, die zu dem Zeitpunkt, wenn die Aufteilung der Welt abgeschlossen ist, in kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den fortgeschrittenen Ländern münden müsse. Der Erste Weltkrieg ist Lenin zufolge vor diesem Hintergrund zu sehen.

Wie weiter unten noch auszuführen sein wird, ist der Mangel an rentablen Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital auch ein zentrales Argument im Rahmen des *uneven-development*-Konzepts. Ebenso wichtig in diesem Zusammenhang ist jedoch der *zweite* hier zu behandelnde Befund der Leninschen Imperialismustheorie, der deren raumtheoretische Relevanz begründet. Weder Luxemburg noch Lenin haben die Raumproduktionen, die mit dem Imperialismus einher gingen, *explizit* thematisiert. Dennoch haben ihre Ausführungen raumtheoretische *Implikationen*. Bei Luxemburg handelt es sich, wie gesehen, um die Überlegung, dass der Kapitalismus konstitutiv auf die Existenz eines nicht-kapitalistischen Außen angewiesen ist. Darüber hinaus versäumt es Luxemburg allerdings, die räumlichen Dimensionen des Kapitalismus als Dialektik von Angleichung und Differenzierung zu konzeptualisieren. Anders Lenin: Zwar betont auch er die kapitalistische Vereinheitlichung der Welt. In seiner Kritik von Karl Kautskys Vorstellung eines möglichen „Ultraimperialismus“, eines friedlichen Ausgleichs zwischen den imperialistischen Ländern, führt er aber zusätzlich das Argument einer ungleichmäßigen Entwicklung ein. Letztere sei nicht nur zwischen den fortgeschrittenen Ländern und den Kolonien zu beobachten, sondern auch in der Gruppe der fortgeschrittenen Länder selbst. So sei die Aufteilung der Welt zwar abgeschlossen, mit der Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den kapitalistischen Zentren komme es aber immer wieder zu Neuaufteilungen, die einen dauerhaften innerimperialistischen Interessenausgleich unmöglich machten:

(U)nter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die *Stärke* der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, *nicht* denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine *gleichmäßige* Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben. Vor einem halben Jahrhundert war Deutschland, wenn man seine kapitalistische Macht mit der des damaligen Englands vergleicht, eine klägliche Null; ebenso Japan im Vergleich zu

Russland. Ist die Annahme ‚denkbar‘, daß das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten nach zehn, zwanzig Jahren *unverändert* geblieben sein wird? Das ist absolut undenkbar. (Lenin, 1917/1988, 300, Hervorh. i. O.)

Hier führt Lenin ein Argument ein, das zum Ökonomismus – d.h. der weitgehenden Negierung der Existenz einer (relativ) autonomen Sphäre des Politischen und der Reduzierung von Politik auf eine „Übersetzung“ ökonomischer Interessen (vgl. Heinrich 2003a, 290) – sowie zum historischen Determinismus – der Annahme eines notwendigen Zusammenbruchs des Kapitalismus – seiner eigenen und anderer Imperialismustheorien in einem Spannungsverhältnis steht. Für Luxemburg gerät der Kapitalismus mit dem Verschwinden aller nicht-kapitalistischen sozialen Formationen im Zuge der imperialistischen Expansion der fortgeschrittenen Länder unweigerlich an seine Grenzen. Und auch Lenin bezeichnet den Imperialismus als „höchstes“ und damit letztes Stadium des Kapitalismus, das notwendigerweise in kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Ländern münde. Allerdings sieht er die Möglichkeit, dass diese Auseinandersetzungen von Phasen des „imperialistischen Friedens“ unterbrochen würden. Dies ist kein Zugeständnis an Kautsky. Denn die Friedensphasen beruhen Lenin zufolge nicht auf den von Kautsky imaginierten dauerhaften „ultraimperialistischen“ Bündnissen, sondern sind „*notwendigerweise* nur ‚Atempausen‘ zwischen Kriegen“ (Lenin 1917/1988, 301, Hervorh. i. O.). Mehr noch: Das dynamische Kräfteverhältnis zwischen den fortgeschrittenen Ländern bedingt einen „lebendigen Zusammenhang zwischen den Perioden des imperialistischen Friedens und den Perioden imperialistischer Kriege“ (Lenin 1917/1988, 301). Dennoch führt Lenin hier eine Überlegung ein, die seine eigene Annahme einer auf das Ende des Kapitalismus hinauslaufenden Entwicklung relativiert: Der Gedanke einer dem Kapitalismus innewohnenden ungleichmäßigen Entwicklung, die zu einer ständigen Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Ländern führt, öffnet eine Hintertür für die Möglichkeit einer höchst instabilen und kriegerischen Fortexistenz des Kapitalismus trotz seiner mit dem Imperialismus verschärften Widersprüche, trotz seiner „Fäulnis“ und seines „Parasitismus“.⁷ Implizit knüpft David Harvey

⁷ „Faul“ ist der Kapitalismus Lenin zufolge, weil ihm aufgrund der Monopolbildung der Anreiz für technischen Fortschritt abhanden gekommen ist: „In dem Maße, wie Monopolpreise, sei es auch nur vorübergehend, eingeführt werden, verschwindet bis zu einem gewissen Grade der Antrieb zum technischen und folglich auch zu jedem anderen Fortschritt, zur Vorwärtsbewegung; und insofern entsteht die *ökonomische* Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten“ (Lenin 1917/1988, 281, Hervorh. i. O.). Die Bezeichnung „Parasitismus“ bezieht sich darauf, dass mit dem Aufstieg des Finanzkapitals und dem Bedeutungsgewinn des Kapitalexports gegenüber der Produktion die „Schicht der Rentner“ – also jener Gruppe, die von ihrem Geldkapitalbesitz lebt – an Bedeutung gewinnt. In den internationalen Beziehungen findet dies darin seinen Ausdruck, dass

hieran an, wenn er am Ende von *The Limits to Capital* die Notwendigkeit innerimperialistischer Kriege für das Weiterbestehen des Kapitalismus konstatiert (Harvey, 1982/1999, 442 ff., siehe auch Harvey, 1985).

Lenin geht mithin insofern über Marx und Luxemburg hinaus, als er nicht nur die kapitalistische Vereinheitlichung der Welt, sondern auch die ökonomische und politisch-militärische Dynamik, die sich aus der ungleichmäßigen Entwicklung als einem dem Kapitalismus innewohnenden Phänomen ergibt, problematisiert. Was er gleichwohl nicht unternimmt, ist, die Dialektik von Angleichung und Differenzierung *raumtheoretisch* zu reflektieren. "Lenin did for the first time identify both sides of this basic contradiction; what remained was for this contradiction to be made explicit and a theoretical treatment of space developed" (Smith, 1984, 96).

Hierzu hat Nicos Poulantzas in den 1970er Jahren zwei wichtige, im Rahmen des *uneven-development*-Konzepts jedoch nur wenig beachtete Beiträge geleistet. Erstens analysiert er in seiner *Staatstheorie* (1978/2002) die kapitalistische „Raummatrix“, die sich durch die Gleichzeitigkeit von Segmentierung und Homogenisierung auszeichne. Die kapitalistische Produktionsweise sei untrennbar mit der modernen Nation und dem Staat verbunden. Ihre Entstehung ebenso wie ihr Funktionieren setze räumliche Segmentierungen (z.B. in Gestalt von Grenzziehungen und der Arbeitsteilung zwischen Territorien sowie in der Fabrik) voraus und bringe diese hervor. Gleiches gelte für die Nation und den Staat, die jedoch gleichzeitig eine homogenisierende Wirkung hätten, indem sie die „Einheit der Individuen des Volkes“ verwirklichten (Poulantzas, 1978/2003, 137).⁸ Zweitens ermöglicht Poulantzas mit Hilfe der Begriffe der „imperialistischen Kette“ und der „inneren Bourgeoisie“ ein differenziertes Verständnis der Dialektik von Angleichung und Differenzierung. Sein Ausgangspunkt ist, analog zu Lenin, die entscheidende Rolle des Kapitalextorts im Imperialismus. In den 1950er und 1960er Jahre habe dieser zu der, von den Dependenztheorien analysierten, „periphere(n) Industrialisierung“ geführt (Poulantzas, 1974/2001, 28). Dadurch habe sich das Verhältnis zwischen „Metropolen und beherrschten Formationen“ verschoben, und zwar derart, dass letztere die Herrschaft ersterer gleichsam *interiorisierten*:

Die kapitalistische Produktionsweise beherrscht diese Formationen von nun an nicht mehr einfach von ‚außen‘ und durch die Reproduk-

eine kleine Anzahl „Rentnerstaaten“ oder „Wucherstaaten“ von der Ausbeutung einer großen Anzahl Schuldnerstaaten lebt (Lenin 1917/1988, 281 ff.).

⁸ Ähnlich bezeichnet Lefebvre den kapitalistischen Raum als „both homogenous and broken“ (Lefebvre, 1978/2003: 86). Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Raum- und Zeitmatrix bei Poulantzas, siehe Wissen (2006).

tion des Abhängigkeitsverhältnisses, *sondern errichtet ihre unmittelbare Herrschaft in ihnen selbst: die Produktionsweise der Metropolen reproduziert sich in spezifischer Form im Innern der beherrschten und abhängigen Formationen.* (Poulantzas, 1974/2001, 27, Hervorh. i. O.)

Dieser Zusammenhang – die „imperialistische Kette“ – kennzeichnet grundsätzlich auch das Verhältnis zwischen den USA und den europäischen Metropolen, dem Poulantzas seine besondere Aufmerksamkeit widmet. Die zunehmenden Kapitalexporte der USA nach Europa hätten dieses Verhältnis seit den späten 1950er Jahren qualitativ verändert, und zwar im Sinne einer „erweiterte(n) Reproduktion der politischen und ideologischen Bedingungen des amerikanischen Imperialismus“ im Innern der europäischen Staaten (Poulantzas, 1974/2001, 28). Neben die „Demarkationslinie“ zwischen Metropolen und beherrschten Formationen sei mithin eine zweite Demarkationslinie getreten, die mitten durch die Metropolen selbst verlaufe (Poulantzas, 1974/2001, 42).

Wichtig ist nun, dass Poulantzas diesen Zusammenhang nicht primär ökonomisch, sondern klassentheoretisch begründet. Dazu führt er den Begriff der „inneren Bourgeoisie“ ein.⁹ Im Unterschied zur vergleichsweise autonomen „nationalen Bourgeoisie“ und der als bloßer „Vermittler“ des ausländischen Kapitals agierenden „Kompradorenbourgeoisie“ in vielen peripheren Staaten ist die innere Bourgeoisie gleichzeitig abhängig vom US-amerikanischen Kapital *und* verfügt über eine eigene ökonomische Grundlage (Poulantzas 1974/2001, 51 ff.). Sie ist somit die für die Interiorisierung von Abhängigkeit entscheidende gesellschaftliche Klasse. Diese klassentheoretische Fundierung innerimperialistischer Abhängigkeitsverhältnisse erlaubt es Poulantzas zum einen, die Dialektik von Angleichung und Differenzierung genauer zu begreifen als andere TheoretikerInnen vor ihm bzw. zu seiner Zeit: Angleichung und Differenzierung sind keine den imperialistischen Staaten äußerlichen Wirkungen, sondern werden durch die innere Bourgeoisie vermittelt, die ökonomisch und kulturell die Dominanz des amerikanischen Kapitals und gleichzeitig die diesem eigenen Widersprüche reproduziert (Poulantzas, 2001, 54 f.). Insofern die innere Bourgeoisie ein wichtiger Bestandteil des „Blocks an der Macht“ in ihrem jeweiligen Staat ist, wird auch dessen Politik von diesem komplexen System von „Querverbindungen“ geprägt.¹⁰ Zum anderen öffnet

⁹ Für eine ausführliche Erörterung dieses Begriffs, siehe Kannankulam und Wissel (2004) sowie Wissel (2007, 89 ff.).

¹⁰ Die Staaten „*nehmen selbst die Interessen des herrschenden imperialistischen Kapitals in seiner Entwicklung innerhalb der ‚nationalen‘ Formation in die Hand, d.h. in seiner komplexen Interiorisierung in die innere Bourgeoisie, die es beherrscht*“ (Poulantzas, 1974/2001, 53 f., Hervorh. i. O.).

Poulantzas' klassentheoretische Perspektive den Raum für das Politische, das in anderen Imperialismustheorien noch weitgehend dem Ökonomischen untergeordnet war. Soziale Kräfteverhältnisse und Kämpfe werden dadurch zum entscheidenden Faktor von Herrschaft und Emanzipation.

Poulantzas hat seine raumtheoretischen Analysen aus der *Staatstheorie* nicht direkt mit seinen Analysen von Imperialismus und ungleicher Entwicklung verbunden. Eine explizite raumtheoretische Fundierung der Debatte über ungleiche Entwicklung wurde erst im Rahmen des *uneven-development*-Konzepts geleistet. Hierin sehen wir den spezifischen Beitrag des letzteren zur marxistischen Diskussion, die wir in diesem Abschnitt – wenn auch notwendigerweise sehr selektiv – dargestellt haben. Im Folgenden soll dies näher erläutert werden.

Uneven development in der radical geography

Was in diesem Aufsatz als „*uneven-development*-Konzept“ bezeichnet wird, ist kein homogener Ansatz, sondern eine Reihe von Beiträgen zur empirischen Untersuchung und theoretischen Erklärung ungleicher Entwicklung aus der Perspektive der *radical geography*. Das Verbindende der Beiträge ist die Ansicht, dass dem Kapitalismus eine Tendenz zur räumlichen Angleichung und Differenzierung von Produktions- und Konsummustern innewohnt. Unter dem Druck der Konkurrenz können sich die Produkte und Produktionsverfahren von Unternehmen derselben Branche an verschiedenen Orten einander angleichen. Ferner können Unternehmen ihre Aktivitäten, z.B. aufgrund von Arbeitskämpfen und sich verschiebenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen oder aus Gründen der Erschließung neuer Märkte, räumlich streuen. Zudem kommt es aufgrund der Fortschritte bei den Kommunikationstechnologien und im Transportwesen zu einer *time-space-compression* (Harvey, 1989), d.h. zu einer „Verdichtung“ von Raum und Zeit. Diese Angleichung wird aber immer von einer Differenzierung überlagert oder auch konterkariert, weil sich Unternehmen durch die Einführung neuer Produkte und Produktionsmethoden oder durch das (kriseninduzierte) Ausnutzen räumlicher Besonderheiten immer wieder einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ihrer Konkurrenz zu schaffen versuchen: “equalization is continually frustrated by the differentiation of geographic space“ (Smith, 1984, 152). Kapitalistische Entwicklung homogenisiert und bringt gleichzeitig Ungleichheit hervor. Letztere ist konstitutiv für den Kapitalismus, weil sie immer wieder neue Verwertungsmöglichkeiten schafft. Eine weitere Gemeinsamkeit der Beiträge zu *uneven development* ist ihre herrschaftsanalytische und -kritische Orientierung, d.h. es geht ihnen um die Frage, wie durch die soziale Produktion von Raum Herrschaftsverhältnisse hergestellt, reproduziert bzw. bekämpft werden können.

Der Unterschied einer solchen Herangehensweise zum sozialwissenschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen und geographischen *mainstream*, be-

sonders zur neoklassischen Tradition in den Wirtschaftswissenschaften, wird von Michael Storper und Richard Walker prägnant herausgearbeitet: Wo vor allem die ältere Neoklassik davon ausgeht, dass die zentrale ökonomische Aktivität der Tausch, das Ziel eine effiziente Ressourcenallokation und der natürliche Zustand des Systems das Gleichgewicht sei, betonen Storper und Walker, dass die zentrale Aktivität in der Produktion, das Ziel in der Erwirtschaftung von Profit und der „natürliche Zustand“ in der ungleichen Entwicklung liege (Storper and Walker, 1989, 36). *Uneven development* wird definiert als “systematic process of economic and social development that is uneven in space and time, and endemic to capitalism” (Johnston et al., 1994, 648). Es ist “both the product and the geographical premise of capitalist development” (Smith, 1984, 155).

Sind sich die Arbeiten zu *uneven development* hierin einig, so lassen sich auf der Basis dieser Gemeinsamkeit zwei verschiedene Herangehensweisen an das Phänomen der ungleichen Entwicklung unterscheiden: Während die erste den konkreten Ort und seine Besonderheiten (soziale Kräfteverhältnisse, Geschlechterverhältnisse, Institutionen, Traditionen, Kultur) hervorhebt (siehe etwa Massey, 1995, sowie mit Einschränkungen auch Storper and Walker, 1989), wodurch die Grenzen zu kulturwissenschaftlichen Ansätzen und zum *new regionalism* bisweilen fließend werden, rückt die zweite die abstrakten, von der Wertform bestimmten Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Vergesellschaftung, in den Vordergrund (Harvey, 1982/1999, 2000, Smith, 1984). Im Folgenden konzentrieren wir uns auf die zweite Herangehensweise und erörtern schwerpunktmäßig David Harveys Begriffe des *built environment* und des *spatial fix*. Diese stellen den theoretisch wohl ambitioniertesten Versuch einer Erklärung räumlich ungleicher Entwicklung im Kapitalismus dar und beeinflussen die einschlägigen Debatten bis heute. Darüber hinaus erscheinen sie uns als Interpretationsrahmen für aktuelle politische Entwicklungen wie die Privatisierung öffentlicher Güter oder die Aneignung von natürlichen Ressourcen geeignet.

Harvey entwickelt beide Konzepte ausführlich in seinem 1982 erschienenen Buch *The Limits to Capital*. Der Titel ist hier durchaus Programm. Es geht in dem Buch um die strukturellen Grenzen kapitalistischer Vergesellschaftung, die Harvey in der dem Kapitalismus innewohnenden Krisenhaftigkeit begründet sieht. Die Krisen, die bei Harvey (ebenso wie bei Marx, Lenin und Poulantzas) im Zentrum stehen, sind Überakkumulationskrisen. Hierbei handelt es sich um Krisen der Kapitalverwertung, die sich in einer sinkenden Kapitalrentabilität bzw. *Profitrates* ausdrücken. Im Unterschied zu keynesianischen und – siehe die obigen Ausführungen zu Rosa Luxemburg – marxistischen Unterkonsumtions- bzw. Überproduktionstheorien, welche die Krisen des Kapitalismus von der „Realisierungsseite“ (von der Nachfrage der Arbeiterklasse und der Kapitalisten) ausgehend erklären, fokussiert Harvey also die „Produktionsseite“, d.h. die Verwertungsbedingungen des produktiven Kapitals und die damit zusammenhängende Nachfrage nach Investitions-

gütern (siehe auch Altvater et al., 1978, Heinrich, 2004, 172 f.). Überakkumulationskrisen entstehen, wenn sich das akkumulierte Kapital nicht rentabel verwerten lässt und folglich die Nachfrage nach Investitionsgütern sinkt, wobei sich die Rentabilität an den Profiterwartungen des Kapitalisten und am Verhältnis von Profitrate und Zinsrate bemisst (Investitionen in „fiktives“, zinstragendes Kapital dürfen nicht deutlich rentabler sein als Investitionen in produktives Kapital). Ist eine solche Rentabilität nicht gegeben, dann spricht man von Überakkumulation. Harvey definiert diese als „a surplus of capital relative to opportunities to employ that capital“ (Harvey, 1982/1999, 192).

In diesem Kontext erhält das Konzept des *built environment* (gebaute Umwelt) seine Bedeutung. Harvey bezeichnet als gebaute Umwelt eine ganze Bandbreite immobiler Elemente, die zusammen die allgemeinen Produktions- und Konsumtionsbedingungen bilden bzw. als fixes Kapital im Produktionsprozess zum Einsatz kommen: „factories, dams, offices, shops, warehouses, roads, railways, docks, power stations, water supply and sewage disposal systems, schools, hospitals, parks, cinemas, restaurants – the list is endless“ (Harvey, 1982/1999, 233). Investitionen in die gebaute Umwelt sind Bestandteil des von Harvey so bezeichneten „sekundären Kapitalkreislaufs“. Sie können dazu dienen, Kapital, das im „primären Kapitalkreislauf“ – der Produktion und Realisierung von Mehrwert sowie seiner Rückverwandlung in produktives Kapital – keine rentablen Verwertungsmöglichkeiten findet, zu absorbieren. Allerdings wird Kapital durch Investitionen in die gebaute Umwelt langfristig gebunden. Seine Umschlagszeit ist in der Regel länger als bei Investitionen im Rahmen des primären Kapitalkreislaufs. Die durch Investitionen in die gebaute Umwelt geschaffenen Strukturen „konflikieren deshalb mit der kontinuierlichen Dynamik des technologischen Wandels und der Kapitalakkumulation“ (Schmid, 2003, 219), die sie – sofern es sich etwa um Investitionen in Telekommunikations- und Transportinfrastrukturen handelt – selbst beschleunigen. Insofern handelt es sich bei Investitionen in die gebaute Umwelt nur um eine temporäre Stabilisierung der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus, die gefangen bleibt in dem grundlegenden Widerspruch von Territorialisierung und Deterritorialisierung von Kapital:

Capitalism perpetually strives ... to create a social and physical landscape in its own image and requisite to its own needs at a particular point in time, only just as certainly to undermine, disrupt or even destroy that landscape at a later point in time. The inner contradictions of capitalism are expressed through the restless formation and reformation of geographical landscapes. (Harvey, 1985, 150)

Eine weitere Möglichkeit, im primären Kapitalkreislauf nicht rentabel verwertbares Kapital einer alternativen Verwendung zuzuführen, besteht darin, es in den „tertiären Kapitalkreislauf“ – Bildung, Wissenschaft, Forschung, Gesundheit,

soziale Sicherung – zu investieren. Dem stehen jedoch oft die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse entgegen. Vor diesem Hintergrund – der dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz zur Überakkumulation und der beschränkten Möglichkeiten, diese durch Investitionen in den sekundären bzw. tertiären Kapitalkreislauf aufzufangen – kommt es immer wieder zur massiven Entwertung von Kapital im Zuge von Überakkumulationskrisen. Diese äußern sich folgendermaßen:

Die Reproduktion gerät ins Stocken, investiertes Kapital wird entwertet oder sogar gänzlich vernichtet, die am wenigsten profitablen Produktionsstätten werden geschlossen, die am wenigsten profitablen Einzelkapitale gehen bankrott, Arbeitskräfte werden entlassen und mit steigender Arbeitslosigkeit nehmen auch die Löhne ab. Krisen sind also enorm zerstörerische Prozesse: Gesellschaftlicher Reichtum wird vernichtet und die Lebensverhältnisse einer großen Zahl von Menschen verschlechtern sich erheblich. (Heinrich, 2004, 173)

Gerade aufgrund ihrer destruktiven Wirkung haben Überakkumulationskrisen aus der Perspektive der Fortexistenz kapitalistischer Vergesellschaftung jedoch auch ein hohes produktives Potenzial, beseitigen sie doch temporär „das Missverhältnis von Produktion und gesellschaftlicher Konsumtion“:

Die Vernichtung der unprofitablen Kapitale vermindert die Produktion, die Entwertung des noch fungierenden Kapitals und die niedrigen Löhne steigern die Profitrate der verbleibenden Kapitale. Schließlich sinken die Zinsen auch wieder, da die Nachfrage nach Leihkapital zurückgeht. Das alles macht den Weg frei für einen neuerlichen Aufschwung, der häufig noch durch die Einführung technischer Neuerungen unterstützt wird ... Ein neuer Aufschwung beginnt, der schließlich wieder in die nächste Krise mündet. (Heinrich, 2004, 173 f.)

Mit einem auch von David Harvey verwendeten Begriff des Ökonomen Joseph Schumpeter lässt sich dieser Prozess als „schöpferische Zerstörung“ (*creative destruction*) bezeichnen, als „Prozess einer industriellen Mutation ..., der unaufhörlich die Wirtschaftsstruktur *von innen heraus* revolutioniert, unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue schafft“ (Schumpeter, 1946/1993, 137 f., Hervorh. i. O.). Für Schumpeter handelt es sich hierbei um „das für den Kapitalismus wesentliche Faktum“ (Schumpeter, 1946/1993, 138). Der spezifische Beitrag von Harveys Theorie besteht nun darin, die räumliche Dimension von Überakkumulationskrisen und der Strategien zu ihrer Überwindung herausgearbeitet zu haben.

Zentral ist hierbei der Begriff des *spatial fix*. Er bezeichnet die kriseninduzierte Schaffung neuer Raumkonfigurationen durch die räumliche Neuverteilung von Kapital und Arbeitsplätzen.¹¹ Kapital wird in solche Regionen verlagert, die sich dynamisch entwickeln und/oder die aufgrund ihrer spezifischen sozio-ökonomischen Bedingungen eine günstigere Kostenstruktur aufweisen. Beispiele hierfür sind die US-Kapitalexporte nach Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg (die allerdings nicht nur einer ökonomischen Logik, sondern auch der politisch-territorialen Logik des Kalten Kriegs folgten); die von Fröbel *et al.* (1977) beschriebene „neue internationale Arbeitsteilung“ (die sich im Zuge der Verlagerung von arbeitsintensiven industriellen Aktivitäten von Industrieländern in Entwicklungsländer herausbildete und als Konsequenz der Verwertungskrise der späten 1960er und frühen 1970er Jahre interpretiert werden kann, die das Ende der fordistischen Entwicklungsweise einläutete); die Transformation von Montankonzernen (Erschließung neuer Betätigungsfelder und Verlagerung von Kapital weg von den Montanregionen mit ihrem hohen Grad an gewerkschaftlicher Organisation und ihrer verbrauchten Umwelt, hin zu „innovationsfreundlicheren“ Regionen mit hoher Lebensqualität); und schließlich die derzeitigen europäischen, japanischen und US-amerikanischen Kapitalexporte nach China.

Im Rahmen der Krisenstrategie *spatial fix* legen Unternehmen nicht rentable Produktionsstandorte still, konzentrieren ihre Aktivitäten an bestimmten Orten bzw. verlagern ihre Investitionstätigkeit in andere Branchen an anderen Orten, die eine größere Rentabilität versprechen. Sie versuchen also, durch veränderte Raumstrategien einen Weg aus der Überakkumulationskrise zu finden. Die alten, aufgegebenen Produktionsstandorte werden dadurch in neue geographische Wertschöpfungsketten integriert, oft geprägt durch niedrigere Löhne, schlechtere Arbeitsbedingungen oder schwache Innovationstätigkeit, zum Teil aber auch durch neue hochwertige Aktivitäten etwa in den Bereichen Wohnen und Gewerbe (Wissen, 1999). Die internationale Arbeitsteilung verändert sich, etwa indem weniger rentable Produktionsstätten an solche Orte verlagert werden, wo ihre Rentabilität wegen der niedrigeren Lohnkosten gewährleistet ist. Die Produktion von Raum und räumlichen Unterschieden ist somit gleichzeitig Voraussetzung, Medium und Resultat der Bemühungen, Überakkumulationskrisen zu überwinden. Der Zwang, dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken, führt zu einer Inwertsetzung neuer Räume

¹¹ *Spatial fix* klingt zwar nach der räumlichen Fixierung von mobilem Kapital in Fabriken, Straßen, Häfen, Flughäfen, Eisenbahnnetzen etc. Oft wird der Begriff auch in diesem Sinne verstanden. Allerdings hat Harvey ihn zumindest ursprünglich nicht so gemeint. Er benutzt *fix* nicht im Sinne von *fixieren*, sondern im Sinne von *reparieren*. Repariert, oder besser: stabilisiert werden soll der kapitalistische Akkumulationsprozess. Erst in jüngerer Zeit weist Harvey auf die Doppelbedeutung von *fix* – reparieren bzw. stabilisieren *und* fixieren – hin (Harvey, 2001, 24 f.). Damit droht allerdings die Trennschärfe des Begriffs gegenüber dem der gebauten Umwelt verloren zu gehen.

und gleichzeitig zu einer räumlichen Differenzierung. Räumliche Unterschiede sind die Voraussetzung der Krisenüberwindung, und sie werden durch diese notwendig hervorgebracht. Krisenüberwindung ist dabei immer nur vorübergehend und räumlich begrenzt. "There is ... no 'spatial fix' that can contain the contradictions of capitalism in the long run" (Harvey, 1982/1999, 442). Es kommt immer wieder von neuem zu Überakkumulationskrisen, die einen neuen *spatial fix* nötig machen. Und in dieser ständigen De- und Reterritorialisierung von Kapital und der Schaffung immer neuer Raumkonfigurationen liegt die Tendenz des Kapitalismus zu ungleicher Entwicklung begründet: "The geography of uneven development helps convert the crisis tendencies of capitalism into compensating regional configurations of rapid accumulation and devaluation" (Harvey, 1982/1999, 428). Neil Smith (1984) spricht in diesem Zusammenhang von einem *see-saw movement*, einer „Wipp-Bewegung“ des Kapitals von Sektoren mit niedrigen in solche mit hohen Profiterwartungen, die aus den gegensätzlichen Tendenzen der Angleichung und Differenzierung resultiert.

An diesem Punkt wird der Unterschied zwischen dem *uneven-development*-Konzept und den imperialismustheoretischen Arbeiten von Luxemburg und Lenin deutlich. Gingen letztere von dem notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus aus, weil diesem mit der Vereinheitlichung der Welt das für seine Existenz notwendige Außen verloren gegangen sei (auch wenn die Leninsche Denkfigur einer ungleichmäßigen Entwicklung, wie gesehen, bereits eine [implizite] Relativierung dieser Überzeugung enthielt), so zeigt ersteres, dass sich der Kapitalismus dieses Außen durch permanente De- und Reterritorialisierungen, durch Entwertungen und neue Formen der Inwertsetzung, immer wieder *selbst schaffen* kann, um sich dadurch – wenn auch immer nur temporär – zu stabilisieren.

Wie im Folgenden gezeigt werden soll, trägt das *uneven-development*-Konzept wesentlich dazu bei, höchst unterschiedliche Phänomene ungleicher Entwicklung zu erklären bzw. zu interpretieren. Wir möchten dies anhand der inter- und intraregionalen Disparitäten, wie sie sich im Zuge von räumlichem Strukturwandel und Schrumpfungprozessen herausgebildet bzw. verschärft haben, sowie am Beispiel des von Harvey analysierten „neuen Imperialismus“ verdeutlichen.

Zur Aktualität und analytischen Fruchtbarkeit des Konzepts *uneven development*

Der Niedergang altindustrieller Standorte und der Aufschwung anderer Regionen zu Wachstumsräumen zeigt in vielen Teilen der Welt anschaulich aktuelle Ausprägungen von ungleicher Entwicklung. Vertreter der so genannten *Los Angeles School* (Allen Scott, Michael Storper und Richard Walker) beschreiben die Entstehung von *new industrial spaces* anhand der Software- und anderer *hightech*-Industrien in Kalifornien (vgl. Scott, 1988). Aufgrund der günstigen Bedingungen

(Nähe zu Universitäten, Forschungseinrichtungen, etc.) siedelten sich dort viele innovative und dynamisch wachsende Unternehmen an, obwohl, bzw. gerade weil, das südliche Kalifornien um Los Angeles bislang kein ausgeprägter Industriestandort war. Wichtig waren hier so genannte „weiche“ Standortfaktoren, die ein innovatives Milieu schufen, in das die Unternehmen „eingebettet“ sind (*embedded firm*). Dazu kommt die Konzentration der Rüstungsindustrie in Kalifornien. Viele der *hightech*-Produkte, die heute aus Privathaushalten und Büros nicht mehr wegzudenken sind, entstanden ursprünglich aufgrund der militärischen Nachfrage.¹² Das Wachstum in Regionen wie Silicon Valley ging zu Lasten traditioneller Industriegebiete im *rustbelt*, in dem Kapital in großem Ausmaß entwertet wurde und der deshalb einen Niedergang erfuhr. Besonders anschaulich lässt sich der Wandel der gebauten Umwelt und die Entwertung des in diese investierten Kapitals anhand fordistischer *boomtowns* wie der Auto-Stadt Detroit nachvollziehen, in denen der Abzug von Kapital in baulichem Leerstand und Verfall deutlich sichtbar wird (vgl. Oswalt, 2004). Demgegenüber wird in neue, gewinnträchtigere Standorte massiv investiert und werden neue Landschaften der Kapitalakkumulation geschaffen. Der *spatial fix* macht die prosperierenden Standorte von einst zu den Verliererregionen von heute. Ähnliche Entwicklungen lassen sich in der Bundesrepublik am Beispiel des wirtschaftlichen Bedeutungsgewinns der südlichen Bundesländer wie Baden-Württemberg und Bayern und der Strukturprobleme von traditionellen Industriestandorten wie dem Ruhrgebiet beobachten.

Ein anschauliches Beispiel ungleicher Entwicklung sind ferner die Schrumpfungsprozesse in ostdeutschen Regionen, welche die Entwicklungsunterschiede letzterer gegenüber den meisten Regionen Westdeutschlands verschärft, aber auch zu neuen *intraregionalen* Disparitäten in Gestalt eines *patchwork*-artigen Nebeneinanders von Wachstumskernen und Wüstungen geführt haben. Ehemalige Industriestandorte wandeln sich zu Gebieten, die eher die Funktion eines „Rest-“ bzw. „Ersatzraumes“ haben. Weite Teile der neuen Bundesländer sind als Industriestandorte unrentabel geworden und allenfalls noch als hoch subventionierte und teilweise tarifvertragsfreie verlängerte Werkbänke in die räumliche Arbeitsteilung eingebunden. Bei der Suche nach Anlagemöglichkeiten für überschüssiges Kapital spielt Ostdeutschland nur eine untergeordnete Rolle. Allerdings kann die massive, über die Politik der Treuhandanstalt vermittelte Entwertung von ostdeutschen Produktionskapazitäten in den 1990er Jahren auch so interpretiert werden, dass damit die Bedingungen für einer Steigerung der Profitrate westdeutscher Kapitale verbessert wurden.

¹² Siehe dazu Hennes (2003, 44): „Das Silicon Valley entstand in großen Teilen als Dienstleister der Rüstungsindustrie.“ Letztere ist in Kalifornien zu einen „Instrument der Strukturpolitik“ geworden.

Der *spatial fix* ist ein höchst widersprüchliches Moment des Umgangs mit der Krisenhaftigkeit kapitalistischer Entwicklung. Denn die Region, in die Kapital exportiert wird, kann sich nach einiger Zeit selbst so dynamisch entwickeln, dass sie ihrerseits Kapitalüberschüsse produziert, die andernorts nach rentablen Verwertungsmöglichkeiten suchen. Die Entwicklung der Bundesrepublik und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg, die Wachstumsdynamik der südostasiatischen Schwellenländer in den 1970er und 1980er Jahren sowie der Aufstieg Chinas heute sind Beispiele hierfür. Dadurch kann sich die Konkurrenz um solche Räume, die in der Lage sind, Kapitalüberschüsse aus den weltwirtschaftlichen Zentren zu absorbieren, kritisch zuspitzen, und die Bedingungen für die Lösung von Überakkumulationskrisen können sich erheblich verschlechtern. In diesem Fall entwickelt sich gerade aus der Krisenstrategie *spatial fix* eine globale ökonomische und politische Krise.

Harvey sieht eine solche – unter anderen Vorzeichen auch von Lenin analysierte – Situation heute als gegeben an. Sie resultiert in einer verschärften – weil teils offen gewaltförmigen – Krisenstrategie, die Harvey (2005) als „Akkumulation durch Enteignung“ bezeichnet. Akkumulation durch Enteignung kann verschiedene Formen annehmen. Die erste besteht in der Aneignung der Vermögenswerte anderer, nachdem diese zuvor entwertet wurden. Ein Beispiel hierfür ist die Asienkrise der Jahre 1997/98, in deren Zuge sich europäische, japanische und US-amerikanische Unternehmen große Teile des entwerteten industriellen Kapitals südostasiatischer Schwellenländer aneigneten:

Finanzkrisen bewirken seit jeher den Übergang von Eigentum und Macht auf diejenigen, die ihre eigenen Vermögenswerte schützen können und in der Position sind ein Guthaben aufzubauen, und die Asienkrise ist keine Ausnahme ... zweifellos sind die westlichen und japanischen Unternehmen die großen Gewinner. ... Die Kombination aus gewaltigen Entwertungen, der vom IWF (Internationaler Währungsfonds) vorangetriebenen finanziellen Liberalisierung und der durch den IWF ermöglichten Erholung könnte den weltweit größten in Friedenszeiten aufgetretenen Vermögenstransfer der letzten 50 Jahre von heimischen auf ausländische Eigentümer, der den Transfer von heimischen auf US-amerikanische Eigentümer in Lateinamerika in den 1980er Jahren oder in Mexiko nach 1994 noch in den Schatten stellt, sogar beschleunigen. (Wade und Veneroso, zitiert nach Harvey, 2005, 149)

Eine zweite Form der Akkumulation durch Enteignung ist die kapitalistische Inwertsetzung bislang nicht-kapitalistischer Bereiche: die Kommodifizierung von Natur, wie sie sich etwa an der Inwertsetzung von Biodiversität und Wasser zeigt (Brand und Görg, 2003, Köhler, 2005), die Kommodifizierung

selbst des „Umweltschutzes“ (sichtbar z.B. am Handel mit Emissionszertifikaten, einem marktförmigen Instrument des Klimaschutzes) oder die Privatisierung von Bildungs- und Gesundheitssystemen, Ver- und Entsorgungsunternehmen, Verkehrsbetrieben, staatlichen Telekommunikationsunternehmen, kommunalen Wohnungsunternehmen und selbst von Gefängnissen. In all diesen Bereichen sucht überschüssiges Kapital nach attraktiven Anlagemöglichkeiten. Die Beispiele hierfür sind zahlreich. So wurde in Dresden, einem der wenigen Wachstumskerne Ostdeutschlands, 2005 der gesamte kommunale Wohnungsbestand an einen privaten Investor veräußert. Die Privatisierung der Wasserversorgung ist ein weiteres, weltweit relevantes Beispiel von Inwertsetzung. Sie tritt selbst dort auf, wo es auf den ersten Blick „nichts zu holen“ gibt, weil sich eine Region im Niedergang befindet. So kam es in den schrumpfenden Regionen Ostdeutschlands zu Privatisierungen im Wassersektor, in deren Rahmen sich international operierende Unternehmen unter anderem einen Einstieg in den deutschen Wassermarkt bzw. ein Standbein für die Expansion nach Osteuropa zu schaffen versuchten (Bernt und Naumann, 2006; Naumann und Wissen, 2006; Wissen und Naumann, 2006). Mit der kapitalistischen Inwertsetzung bislang nicht-kapitalistischer Bereiche sind nicht nur umfassende soziale Verwerfungen und eine grundsätzliche Veränderung in der Handlungslogik bei der Bereitstellung bislang öffentlicher Güter verbunden, sondern auch ausgeprägte räumliche Dynamiken: Es kommt in Bereichen zu einem interregionalen oder gar globalen Wettbewerb, die bislang vor allem kommunal geprägt waren. Das Resultat sind nicht selten neue räumliche Disparitäten in der Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur. Auch bei dieser zweiten Form der Akkumulation durch Enteignung spielt das Finanzkapital eine zentrale Rolle. So genannte institutionelle Investoren (Investment-, Pensions- oder Immobilienfonds), die über große Mengen an Geldkapital auf der Suche nach Verwertungsmöglichkeiten verfügen, sind wichtige Akteure bei der Privatisierung öffentlicher Güter oder kommunalen Eigentums (vgl. Aglietta, 2000; Zeller, 2003).

Eine dritte Form der Akkumulation durch Enteignung ist der militärische Zugriff auf strategische Ressourcen wie Erdöl oder Gas, mit dem Ziel, die Verteilungsbedingungen – die Bedingungen, zu denen man selbst und zu denen die weltwirtschaftlichen Konkurrenten sich diese Ressourcen aneignen können – zu kontrollieren. Die Kontrolle der Verteilung strategischer Ressourcen ist insofern bedeutsam, als der Zugriff auf billiges Öl die Verwertungsbedingungen von Kapital verbessert und dem Fall der Profitrate entgegenwirkt. Interpretiert man den Irakkrieg aus dieser Perspektive, dann kommt man zu der Schlussfolgerung, dass der eigentliche Adressat dieses Krieges nicht der Irak selbst, sondern die weltwirtschaftlichen Konkurrenten der USA im Kampf um die Kontrolle über die Energievorräte des Nahen und Mittleren Ostens waren. An erster Stelle ist hier China zu nennen, das aufgrund seines starken Wirtschaftswachstums ein besonderes Interesse an diesen Energievorräten hat. Würde China seinen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten erhöhen, dann wäre dies eine Bedrohung für das enorm ressour-

cenintensive US-amerikanische Entwicklungsmodell. Der Irak-Krieg stellt sich vor diesem Hintergrund als präventive Intervention einer Weltmacht dar, mit der diese ihren Anspruch auf die Kontrolle strategischer Rohstoffe militärisch untermauert (vgl. Heinrich, 2003b).

Die Beispiele zeigen, dass das von Harvey in den 1980er Jahren entwickelte Konzept des *spatial fix* bei der Erklärung und Interpretation heutiger Phänomene ungleicher Entwicklung von großem Nutzen sein kann. Allerdings sehen wir bei Harvey auch die Gefahr, die Rolle sozialer und staatlich-politischer Auseinandersetzungen bei der Durchsetzung von kapitalistischen Krisenstrategien zu gering zu schätzen. Dies gilt hauptsächlich für seine werttheoretische Argumentation in *The Limits to Capital*, trifft aber bis zu einem gewissen Grad auch auf sein Imperialismus-Buch zu. Hier betont Harvey zwar immer wieder die Bedeutung des Staates und sozialer Auseinandersetzungen, und unterscheidet zwischen einer kapitalistischen und politisch-territorialen „Logik der Macht“, die ineinander verwoben, aber dennoch unverwechselbar seien (Harvey, 2005, 36 f.), jedoch bleibt die Konzeptualisierung von Staat unterkomplex. Staat ist bei Harvey weniger ein Terrain, auf dem um die Verallgemeinerung von Partikularinteressen und damit auch um die Durchsetzung von (durchaus konträren) Strategien zur Lösung des Problems der Überakkumulation gerungen wird, als ein Akteur, der die aus der Überakkumulation resultierenden Tendenzen räumlicher Expansion absichert bzw. durchsetzt. Der eminent politische Charakter von Entwertungs- und Inwertsetzungsprozessen kommt dabei zu kurz. Harvey fehlt mithin ein Begriff von der „relativen Autonomie“ (Poulantzas, 1978/2003) des Staates. Wie Jessop in seiner Auseinandersetzung mit *The Limits to Capital* betont, kommt es darauf an, „to explore the essential role of non-value elements that complement and supplement the law of value in reproducing the circuits of capital and the dominance of capital accumulation as a principle of societalization“ (Jessop, 2004, 495).

Tatsächlich ist die Durchsetzung bestimmter Strategien zur Überwindung von Überakkumulationskrisen äußerst umkämpft. Und der Staat – auf verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen – stellt ein wichtiges Terrain der Kämpfe dar. Wie Elmar Altvater betont, wird der „Raum der Inwertsetzung ... durch Rechtsakte konstruiert“ (Altvater, 2005, 54). Und diese sind höchst umstritten, wie etwa die Konflikte zeigen, die seit einigen Jahren im Rahmen des Abkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (*Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights* – TRIPS) der WTO (World Trade Organization) geführt werden. Diese Konflikte drehen sich um die Ausgestaltung eines internationalen Regimes zum Schutz der Rechte an geistigem Eigentum (*Intellectual Property Rights* – IPRs), das den Unternehmen aus den kapitalistischen Zentren erst die Rechtssicherheit z.B. für die Inwertsetzung der biologischen Vielfalt in den Ländern des Südens verschaffen würde. Für die „Akkumulation durch Enteignung“ in diesem Bereich bildet es also eine wichtige Voraussetzung. Dennoch ist

es den Regierungen der Länder des Nordens bislang nicht gelungen, ihre Interessen in einer für sie zufriedenstellenden Weise durchzusetzen. Stattdessen haben sich die Regierungen südlicher Länder sowie NGOs (Non-Governmental Organizations) und soziale Bewegungen mit ihrer Kritik an den nördlichen IPR-Standards zunehmend Gehör verschafft (Wissen, 2003). Ökonomische „Erfordernisse“ zur Bereinigung von Überakkumulationskrisen, das zeigt dieses Beispiel (und darauf hat auch, wie am Ende des zweiten Abschnitts dargestellt, Poulantzas insistiert), bedürfen der politischen Durchsetzung. Und dass diese gelingt, ist keineswegs ausgemacht. Ökonomische Tendenzen können vielmehr politisch gebrochen werden.

Wenn diese Tendenzen sich durchsetzen, dann geschieht dies immer vermittelt über historisch-geographische Besonderheiten. *Uneven development* umfasst denn auch vielfältige Dimensionen und äußert sich in einem sich permanent wandelnden geographischen Mosaik unterschiedlichster Problemlagen, die sich nicht auf einen sozialen Widerspruch reduzieren lassen. In der Tat – und hierin sehen wir ein zweites Problem – beinhaltet Harveys werttheoretischer Ansatz in *The Limits to Capital* die Gefahr, andere soziale Verhältnisse, die zwar mit dem Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital interagieren, allerdings nicht von diesem abgeleitet werden können, zu vernachlässigen. In späteren Arbeiten hat Harvey dem Rechnung getragen und verstärkt Geschlechter- und Naturverhältnisse berücksichtigt (Harvey, 1996, 2000).

Schluss

Das Verdienst von Harvey, Smith und anderen TheoretikerInnen ungleicher Entwicklung ist es, mit *uneven development* die Marxsche Theorie verräumlicht zu haben. Wo in älteren marxistischen Theorien die räumliche Dimension ungleicher Entwicklung implizit geblieben ist, haben sie sich mit der Frage beschäftigt, welche Rolle Raumproduktionen bei der Entstehung und temporären Bereinigung von Krisen und damit bei der Entstehung, Reproduktion aber auch Bekämpfung von Herrschaft spielen. Das *uneven-development*-Konzept bildet einen theoretischen Rahmen, innerhalb dessen sich vielfältige Phänomene ungleicher Entwicklung – die räumliche Verlagerung von Kapital und Arbeitsplätzen, die Aufgabe von Infrastruktureinrichtungen, die aktuellen Privatisierungs- und Inwertsetzungsprozesse sowie die zunehmende Gewaltförmigkeit staatlicher Politik – besser verstehen lassen. Diese Entwicklungen sind keine Zufälligkeiten – sie sind vielmehr Teil einer dem Kapitalismus innewohnenden Dialektik von Angleichung und Differenzierung. Das *uneven development*-Konzept kann helfen, die spezifischen Erfahrungen unterschiedlicher Regionen und Länder vergleichbar zu machen. Der werttheoretische Entstehungszusammenhang vor allem des *spatial-fix*-Konzepts erfordert es jedoch, bei der Erklärung ungleicher Entwicklung auch auf andere Ansätze (z.B. staatstheoretischer Art) zurückzugreifen und die Rolle sozialer Auseinandersetzungen und unterschiedlicher sozialer Verhältnisse stärker zu gewichten.

Danksagung

Wir danken Bernd Belina und Hans-Dieter von Frieling sowie den beiden ACME Gutachtern Peter Lindner und Bernd Röttger für hilfreiche Kommentare und wichtige Hinweise. Die Verantwortung für den Inhalt liegt selbstverständlich allein bei uns.

Literaturverzeichnis

- Aglietta, Michel. 2000. *Ein neues Akkumulationsregime: Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*. Hamburg: VSA.
- Alnasseri, Sabah. 2003. Ursprüngliche Akkumulation, Artikulation und Regulation. Aspekte einer globalen Theorie der Regulation. In, Ulrich Brand & Werner Raza (Hrsg.), *Fit für den Postfordismus: Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster: Westfälisches Dampfboot, pp. 131-57.
- Altvater, Elmar. 2005. *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen: Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altvater, Elmar, Jürgen Hoffmann und Willi Semmler. 1978. Produktion und Nachfrage im Konjunktur- und Krisenzyklus: Zur Diskussion um die Unterkonsumtions- und die Überakkumulationstheorie. *WSI Mitteilungen* 7, 365-81.
- Andersson, Jan Otto. 2004. Imperialismus. In, *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 6/I. Hamburg: Argument, pp. 848-64.
- Bernt, Matthias und Matthias Naumann. 2006. Wenn der Hahn zu bleibt: Wasserversorgung in schrumpfenden Städten. In, Susanne Frank, Matthew Gandy (Hrsg.), *Hydropolis. Wasser und die Stadt der Moderne*. Frankfurt am Main: Campus, pp. 210-29.
- Brand, Ulrich und Christoph Görg. 2003. *Postfordistische Naturverhältnisse: Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brenner, Neil. 2004. *New State Spaces*. Oxford: Oxford University Press.
- Harvey, David. 1985. The Geopolitics of Capitalism. In, Derek Gregory and John Urry (Hrsg.), *Social Relations and Spatial Structures*. London: Macmillan, pp. 128-63.

- Harvey, David. 1989. *The Condition of Postmodernity*. Oxford: Blackwell.
- Harvey, David. 1996. *Justice, Nature and the Geography of Difference*. Oxford: Blackwell.
- Harvey, David. 1982/1999. *The Limits to Capital*. London: Verso.
- Harvey, David. 2000. *Spaces of Hope*. Edinburgh: University of Edinburgh Press.
- Harvey, David. 2001. Globalization and the „Spatial Fix“. *Geographische Revue* 3(1), 23-30.
- Harvey, David. 2003. Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 5 Hamburg: VSA.
- Harvey, David. 2005. *Der neue Imperialismus*. Hamburg: VSA.
- Heinrich, Michael. 2003a. Imperialismustheorie. In, Siegfried Schieder & Manuela Spindler (Hrsg.), *Theorien der internationalen Beziehungen*. Opladen: Leske und Budrich, pp. 279-307.
- Heinrich, Michael. 2003b. Die Logik des Krieges. *Jungle World*, 18/2003, p.16.
- Heinrich, Michael. 2004. *Kritik der politischen Ökonomie: Eine Einführung*. Stuttgart: Schmetterling-Verlag.
- Hennes, Michael. 2003. Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46, 41-46.
- Hirschman, Albert O. 1958. *The Strategy of Economic Development*. New Haven: Yale University Press.
- Jessop, Bob. 2004. On the limits of 'The Limits of Capital'. *Antipode* 36(3), 480-96.
- Johnston, Ron J., Derek Gregory and David M. Smith (Hrsg.). 1994. *The Dictionary of Human Geography*. 3rd Edition. Oxford and Cambridge: Blackwell.
- Kannankulam, John und Jens Wissel. 2004. Innere Bourgeoisie. In, Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.), *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Band 6/II. Hamburg: Argument-Verlag, pp. 1135-41.
- Köhler, Bettina. 2005. Ressourcenkonflikte in Lateinamerika: Zur Politischen Ökologie der Inwertsetzung von Wasser. *Journal für Entwicklungspolitik* 21(2), 21-44.

- Krätke, Stefan. 1995. *Stadt – Raum – Ökonomie: Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie*. Basel: Birkhäuser.
- Krieger-Boden, Christiane. 1995. Neue Argumente für Regionalpolitik? Zur Fundierung der Regionalpolitik in älteren und neueren regionalökonomischen Theorien. *Die Weltwirtschaft* 2, 193-215.
- Kröcher, Uwe. 2007. *Die Renaissance des Regionalen: Zur Kritik der Regionalisierungseuphorie in Politik und Gesellschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Krugman, Paul. 1991. Increasing Returns and Economic Geography. *Journal of Political Economy* 99, 483-499.
- Lefebvre, Henri. 1978/2003. Space and the State. In, Neil Brenner, Bob Jessop, Martin Jones & Gordon McLeod (Hrsg.), *State/Space: A Reader*. Oxford: Blackwell, pp. 83-100.
- Lenin, Wladimir I. 1917/1988. Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In, Wladimir I. Lenin, *Werke*, Bd. 22. Berlin: Dietz Verlag, pp. 189-309.
- Lutz, Burkart. 1989. *Der kurze Traum immerwährender Prosperität: Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Luxemburg, Rosa. 1913/1970. *Die Akkumulation des Kapitals: Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik.
- Marshall, Alfred. 1890/1920. *Principles of Economics*. London: McMillan.
- Marx, Karl. 1857-1858/1974. *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin: Dietz Verlag.
- Marx, Karl. 1867/1988. *Das Kapital*. Erster Band (MEW 23). Berlin: Dietz Verlag.
- Marx, Karl. 1885/1983. *Das Kapital*. Zweiter Band (MEW 24). Berlin: Dietz Verlag.
- Marx, Karl und Friedrich Engels. 1848/1980. *Manifest der Kommunistischen Partei*. Berlin: Dietz Verlag.
- Massey, Doreen. 1995. *Spatial Divisions of Labour*. London: Macmillan.

- Menzel, Max-Peter. 2005. *Divergenz/Konvergenz: Wirtschaftswissenschaftliche Erklärungsansätze regionaler ökonomischer Entwicklungen*. http://www.giub.unibe.ch/wg/Team/christian_zeller/wg0506/20051110.pdf [letzter Zugriff am 19.06.2006].
- Myrdal, Gunnar. 1959. *Economic Theory and Under-Developed Regions*. London: Gerald Duckworth.
- Naumann, Matthias und Markus Wissen. 2006. *Neue Räume der Wasserwirtschaft: Untersuchungen zur Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung in den Regionen München, Hannover und Frankfurt (Oder)*. netWORKS-Paper Nr. 21. Berlin, <http://www.networks-group.de/veroeffentlichungen/DF10173.pdf> [letzter Zugriff am 20.10.2007]
- Oswalt, Philip (Hrsg.). 2004. *Schrumpfende Städte: Städtischer Wandel im Zeichen von Postfordismus und Globalisierung*. Ostfildern: Hatje Cantz.
- Perroux, Francois. 1950. Economic space: Theory and applications. *Quarterly Journal of Economics* 64, 89-104.
- Piore, Michael J. und Charles F. Sabel. 1985. *Das Ende der Massenproduktion: Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft*. Berlin: Wagenbach.
- Porter, Michael E. 1991. *Nationale Wettbewerbsvorteile*. München: Droemer Knaur.
- Poulantzas, Nicos. 1974/2001. Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat. In, Joachim Hirsch, Bob Jessop & Nicos Poulantzas (Hrsg.), *Die Zukunft des Staates*. Hamburg: VSA, pp. 19-69.
- Poulantzas, Nicos. 1978/2003. Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA.
- Röttger, Bernd und Markus Wissen. 2005. (Re)Regulationen des Lokalen. In, Fabian Kessl, Christian Reutlinger, Susanne Maurer & Oliver Frey (Hrsg.), *Handbuch Sozialraum*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 207-25.
- Schmid, Christian. 2003. Raum und Regulation. Henri Lefebvre und der Regulationsansatz. In, Ulrich Brand & Werner Raza (Hrsg.), *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster: Westfälisches Dampfboot, pp. 217-42.

- Schumpeter, Joseph A. 1946/1993. *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen: Francke Verlag.
- Scott, Allen J. 1988. *New Industrial Spaces: Flexible Production Organization and Regional Development in North America and Western Europe*. London: Pion.
- Smith, Neil. 1984. *Uneven Development: Nature, Capital and the Production of Space*. Oxford: Blackwell.
- Storper, Michael und Allen J. Scott. 1990. Geographische Grundlagen und gesellschaftliche Regulation flexibler Produktionskomplexe. In, Renate Borst, Stefan Krätke, Margit Mayer, Roland Roth & Fritz Schmoll (Hrsg.), *Das neue Gesicht der Städte: Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*. Basel: Birkhäuser, pp. 130-49.
- Storper, Michael and Richard Walker. 1989. *The Capitalist Imperative*. Oxford: Blackwell.
- Wissel, Jens. 2007. *Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen: Zur Aktualität von Nicos Poulantzas' Staatstheorie*. Baden-Baden: Nomos.
- Wissen, Markus. 1999. Leoparden in der Emscherregion: Zur Profilierung sozial-räumlicher Gegensätze. In, Sebastian Müller & Rita A. Herrmann (Hrsg.), *In-szenierter Fortschritt: Die Emscherregion und ihre Bauausstellung*. Bielefeld: AKP, pp. 9-18.
- Wissen, Markus. 2003. TRIPs, TRIPs-plus und WIPO. Konflikte um die Eigentumsrechte an genetischen Ressourcen. In, Ulrich Brand & Christoph Görg, *Postfordistische Naturverhältnisse: Der Konflikt um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates*. Münster: Westfälisches Dampfboot, pp. 128-55.
- Wissen, Markus. 2006. Territorium und Historizität. Raum und Zeit in der Staatstheorie von Nicos Poulantzas. In, Lars Bretthauer, Alexander Gallas, John Kannankulam & Ingo Stützle (Hrsg.), *Poulantzas lesen: Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*. Hamburg: VSA, pp. 206-22.
- Wissen, Markus and Matthias Naumann. 2006. A new logic of infrastructure supply. The commercialisation of water and the transformation of urban governance in Germany. *Social Justice* 33(3), 20-37.
- Wößmann, Ludger. 2001. Der Aufstieg und Niedergang von Regionen: Die dynamische Markttheorie von Heuß in räumlicher Sicht. *Jahrbuch für Regionalwissenschaft* 21, 65-89.

Zeller, Christian. 2003. Bausteine zu einer Geographie des Kapitalismus.
Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 47(3-4), 215-30.